



### Presseschau vom 17.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Scott Ritter: USA am Rande eines Bürgerkrieges: Es wird nach den Wahlen keine friedliche Machtübergabe geben**

Eine angeblich geplante Entführung der Gouverneurin von Michigan ist das Vorspiel eines größeren politischen Kampfes um die Zukunft der USA. Die Gegner haben keine gemeinsame Grundlage. Keine Seite ist bereit, das Wahlergebnis zu akzeptieren, wenn sie verliert. ...

<https://de.rt.com/2b5d>

#### **Gert Ewen Ungar: Deutsche Außenpolitik – Anspruch und Wirklichkeit**

Deutschland möchte geopolitisch gestalten und auf der Weltbühne relevanter Akteur sein. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 hat Berlin diesen Anspruch vorgetragen. Fast sieben Jahre sind inzwischen vergangen. Zeit für ein Resümee. ...

<https://de.rt.com/2b8d>

### abends/nachts:

#### **de.sputniknews.com: USA lehnen Putins Angebot zur Verlängerung von New-START-Vertrag ab**

Mit dem Angebot des russischen Präsidenten Wladimir Putin, den auslaufenden New-START-Vertrag mit den USA um ein Jahr bedingungslos zu verlängern, ohne dabei Atomarsenale einzufrieren, kann Washington laut dem nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten,

Robert O'Brien, nichts anfangen.

„Präsident Putins heutige Antwort, den New-START-Vertrag zu verlängern, ohne Atomsprengköpfe einzufrieren, ist ein Nichtstarter“, schrieb O'Brien auf seinem Twitter-Account.

Putin ließ seinen Vorschlag vorher am Freitag verlauten. Eine Verlängerung ohne daran geknüpfte Bedingungen würde produktive Verhandlungen über alle anstehenden Fragen ermöglichen, so der russische Staatschef. Er begründete seinen Vorschlag mit der Wichtigkeit des Abrüstungsabkommens für die globale Sicherheit, denn die strategische Sicherheit sei auch für viele andere Länder von Bedeutung. In dieser Hinsicht dürften die interessierten Seiten nicht ohne so ein grundlegendes Abkommen wie der New-START-Vertrag bleiben. Zuvor hatte der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten für Rüstungskontrolle, Marshall Billingslea, während einer Diskussion bei der US-Denkfabrik „The Heritage Foundation“ erklärt, dass die USA bereit seien, den New-Start-Vertrag zu verlängern, falls Russland sein nukleares Arsenal einschränken oder einfrieren würde. Er hat versichert, Washington würde dasselbe tun. Russland bezeichnete den US-Vorschlag, taktische Waffen einzufrieren, als inakzeptabel.

Billingslea sagte auch, es sei notwendig, die Vereinbarungen zwischen Washington und Moskau über Rüstungskontrolle so zu formulieren, dass sie auf Peking ausgedehnt werden könnten.

Der New-START-Vertrag (Vertrag zur Verringerung strategischer Atomwaffen) zwischen Russland und den Vereinigten Staaten ist am 5. Februar 2011 in Kraft getreten und läuft am 5. Februar 2021 aus. Demzufolge soll jede Vertragspartei ihr Nukleararsenal so reduzieren, dass sie sieben Jahre später sowie auch zukünftig über nicht mehr als 700 ballistische Interkontinentalraketen, luft- und U-Boot-gestützte ballistische Raketen sowie 1550 Sprengköpfe und 800 Trägersysteme verfügt. In diesem Jahr gab es bereits einige Verhandlungsrunden über die Verlängerung des Vertrages.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/1b/327575826\\_0:6:3071:1668\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_d2cab251c4f88000df548f86912f0b25.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/07/1b/327575826_0:6:3071:1668_1000x0_80_0_1_d2cab251c4f88000df548f86912f0b25.jpg)

### de.sputniknews.com: **Nach Bruch mit Russland nimmt Ukraine jährlich Verluste in zweistelliger Dollar-Milliardenhöhe hin**

Nach dem Staatsstreich von 2014 verliert die Ukraine jedes Jahr einer Expertenschätzung zufolge im Durchschnitt bis zu 30 Milliarden US-Dollar.

„Wo lag der Fehler von 2014? Kontakte (zu Russland) wurden abgebrochen, die Ukraine verlor Märkte im Osten. Und niemand hatte die ökonomischen Folgen kalkuliert“, sagte der ukrainische Ex-Wirtschaftsminister Viktor Suslow am Freitag dem TV-Sender NewsOne.

„Die Änderung des geopolitischen Kurses der Ukraine hat deren Forschungs- und Industriepotential entwertet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes brach 2014

gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 30 Milliarden US-Dollar ein“, sagte Suslow, ohne die absolute Zahl zu nennen.

Dem Ex-Minister zufolge können derartige Verluste nicht wettgemacht werden. Die Ukraine sehe sich gezwungen, immer neue Kredite aufzunehmen. Es gebe keine Perspektiven, das Land verkomme, so Suslow.

Mehrere ukrainische Politiker haben mehrmals auf die dramatische Lage hingewiesen, in der die heimische Wirtschaft steckt. Die Ex-Regierungschefin und Vorsitzende der Vaterlandspartei, Julia Timoschenko, führte den „totalen Kollaps“ auf den Kurs der gegenwärtigen Machthaber zurück. Zudem übte sie heftige Kritik an der Regierung wegen des Bodengesetzes, das dem Land „afrikanischen Hunger“ bringen könnte.

Wadim Rabinowitsch, Rada-Abgeordneter von der Oppositionsplattform „Für das Leben“, stuft die Kreditprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Ukraine als Kapitulation für das Land ein. Sein Parteikollege Viktor Medwedtschuk sieht in der Politik der Behörden ein Abgleiten in ein wirtschaftliches und soziales Chaos.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/10/328203431\\_0:137:2572:1528\\_1000x080\\_0\\_1\\_6551fb971e65ca25bfa8b6c9a6df8430.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/10/328203431_0:137:2572:1528_1000x080_0_1_6551fb971e65ca25bfa8b6c9a6df8430.jpg)

### de.sputniknews.com: **Trumps Berater: In Russland bleibt nicht viel übrig, was wir mit Sanktionen belegen können**

Die USA haben laut dem Nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Robert O'Brien bereits so viele Sanktionen gegen Russland verhängt, dass nur noch wenige Dinge oder Personen übrig geblieben seien, die man mit Strafmaßnahmen belegen könnte.

„Das Problem mit den Russen ist, dass dort nicht viel übrig bleibt, was man mit Sanktionen belegen könnte. Wir haben Sanktionen gegen 300 Organisationen und Oligarchen in Russland, gegen alle Energieunternehmen verhängt. In Bezug auf Sanktionen gegen Russland können wir nicht viel tun, aber wir suchen nach anderen Orten, wo wir die Unzufriedenheit zeigen können. Das ist jedoch aufgrund des umfassenden Charakters der bestehenden Sanktionen schwierig“, sagte O'Brien in seiner Rede im Aspen Institute.

Am 7. Oktober hatte Russlands Präsident Wladimir Putin geäußert, dass die US-Position darin bestehe, die Entwicklung Russlands einzudämmen. Diese Position sei komplex und schränke Donald Trumps Zusammenarbeit mit Moskau ein.

Putin erinnerte auch daran, dass die meisten Beschränkungen gegen Russland während der Präsidentschaft von Trump eingeführt worden seien: „46-mal wurden Entscheidungen über neue oder über die Erweiterung der bestehenden Sanktionen getroffen“.

So hatte eine Gruppe US-amerikanischer Senatoren am 24. September einen Gesetzentwurf über Strafmaßnahmen gegen russische Offizielle wegen des Falls Nawalny vorgelegt.

Die Gesetzesvorlage impliziert die Einführung von Sanktionen gegen Beamte der russischen

Regierung, „die an der Vergiftung ihrer Bürger aus politischen Gründen und zu anderen Zwecken beteiligt sind“. Sie könnte als „Gesetz über die Rechenschaftspflicht Russlands für bösartige Aktivitäten von 2020“ bezeichnet werden, hieß es in einer Pressemitteilung des Demokraten Christopher Coons.

#### de.sputniknews.com: **Washington warnt Ankara vor Einsatz von russischem S-400-Raketensystem**

Die US-Regierung hat die Türkei nach einem angeblichen Test des russischen S-400-Raketensystems erneut vor dessen Einsatz gewarnt.

„Die Vereinigten Staaten haben sich klar zu unserer Erwartung geäußert, dass das S-400-System nicht in Betrieb genommen werden sollte“, teilte die Sprecherin des US-Außenministeriums, Morgan Ortagus, am Freitag mit.

Türkische Medien hatten zuvor berichtet, dass die Regierung in Ankara die Boden-Luft-Raketen am Freitag nahe der Schwarzmeerstadt Sinop erstmals unter Einsatzbedingungen getestet habe.

„Sollte sich das bestätigen, würden wir den Start der S-400-Testrakete auf das Schärfste als unvereinbar mit der Verantwortung der Türkei als Nato-Verbündetem und strategischem Partner der Vereinigten Staaten verurteilen“, teilte Ortagus mit. Sie drohte Ankara mit „potenziell ernststen Folgen“.

Die USA haben den Nato-Partner Türkei wegen des Kaufs des russischen Raketensystems bereits aus dem F-35-Kampffjetprogramm ausgeschlossen. Der Türkei drohen weitere US-Sanktionen.

In der vergangenen Woche rief auch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Türkei dazu auf, auf den Einsatz des S-400-Raketensystems zu verzichten und nach einer Alternative zu suchen. Laut Stoltenberg stellt der Raketenkomplex eine Gefahr für die Luftstreitkräfte der Bündnispartner dar.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/10/328202709\\_0:301:3077:1966\\_1000x080\\_0\\_1\\_3e2e2b53eb2fd9a96a3d385862d68e8f.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/10/328202709_0:301:3077:1966_1000x080_0_1_3e2e2b53eb2fd9a96a3d385862d68e8f.jpg)

#### deutsch.rt.com: **Russisches Konsulat: Bisher keine Bestätigung der russischen Herkunft des Pariser Attentäters**

Nach der brutalen Attacke auf einen Lehrer nahe Paris wiesen mehrere Medienquellen darauf hin, dass es sich beim Angreifer angeblich um einen gebürtigen Moskauer handeln soll. Im Gespräch mit RT bestätigte das russische Konsulat diese Information jedoch zunächst nicht. Demnach warte das Konsulat weiterhin auf eine Rückmeldung von der Polizei. Auch die russische Botschaft konnte bisher keine offizielle Bestätigung der mutmaßlichen russischen Herkunft des Attentäters abgeben.

Zuvor berichteten zahlreiche französische Nachrichtenportale am Freitagabend unter Berufung auf die Sicherheitskräfte, dass der Täter ein Tschetschene sei, der in Moskau im

Jahre 2002 geboren wurde.

Der Vorfall hatte sich im Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine am Freitagnachmittag ereignet. Berichten zufolge wurde der Mann auf offener Straße angegriffen und enthauptet. Das Bild des abgetrennten Kopfes des Opfers teilte der Tatverdächtige in seinem Twitter-Account mit, der inzwischen bereits gesperrt wurde. Die Anti-Terror-Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen.

Das Opfer soll Berichten zufolge Mohammed-Karikaturen im Unterricht gezeigt haben. Der mutmaßliche Täter wurde kurze Zeit später im nahe gelegenen Éragny von der Polizei aufgegriffen. Laut Medien hat er versucht, die Polizei anzugreifen - daraufhin hat diese auf ihn geschossen und ihn getötet. Der französische Staatschef Emmanuel Macron traf umgehend am Tatort ein und wandte sich vor Journalisten mit einer Ansprache an die Nation. Darin bezeichnete er die blutige Attacke als einen islamistischen Terroranschlag.

#### de.sputniknews.com: **Russland will in Serbien eine Vertretung seines Verteidigungsministeriums einrichten**

Der russische Premierminister Michail Mischustin hat einen Vertragsentwurf zwischen Russland und Serbien über die Einrichtung einer Vertretung des russischen Verteidigungsministeriums in Serbien gebilligt. Dies ist in einer Verordnung der russischen Regierung festgelegt worden.

„Das Verteidigungsministerium soll unter Beteiligung föderaler Exekutivorgane Verhandlungen mit der serbischen Seite führen, und das Abkommen nach Einigung im Namen der russischen Regierung unterschreiben“, heißt es in der Verordnung.

Das Ziel sei es, die serbische Seite bei Fragen der militärischen und militärisch-technischen Zusammenarbeit zu unterstützen, sowie die Aktivitäten der russischen Militärspezialisten in Serbien zu koordinieren, die bei dem Aufbau serbischer Streitkräfte, sowie bei Bedienung, Reparatur und Einsatz der von Russland gelieferten Waffen und militärischer Ausrüstung Hilfe leisten sollten, heißt es in der Verordnung. Die Vertretung soll von der russischen Seite finanziert werden.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32639/46/326394678\\_0:105:2624:1525\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_9be8e8facdaa43058c21ee9e4853e721.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32639/46/326394678_0:105:2624:1525_1000x0_80_0_1_9be8e8facdaa43058c21ee9e4853e721.jpg)

#### **vormittags:**

de.sputniknews.com: **USA begrüßen EU-Sanktionen gegen Russland im Fall Nawalny**  
Laut der Sprecherin des US-Außenministeriums, Morgan Ortagus, unterstützt Washington die Entscheidung von Brüssel, in Zusammenhang mit der angeblichen Vergiftung des Kreml-

Kritikers Alexej Nawalny Sanktionen gegen russische Beamte zu verhängen.

„Die USA begrüßen die Entscheidung des EU-Rates, russische Beamte in Zusammenhang mit der Vergiftung von Alexej Nawalny unter Sanktionen zu stellen“, schrieb Ortagus auf ihrer Twitter-Seite in der Nacht zum Samstag.

„Die Verantwortlichen für diesen Angriff müssen zur Rechenschaft gezogen werden“, erläuterte sie weiter.

Am vorigen Tag hatte Robert O'Brien, der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, in einer Rede im Aspen Institute behauptet, in Russland bleibe „nicht viel übrig, was man mit Sanktionen belegen könnte“.

Die Europäische Union verhängte am 15. Oktober Sanktionen gegen Russland in Zusammenhang mit dem Fall des russischen oppositionellen Bloggers Alexej Nawalny. Die Strafmaßnahmen betreffen sechs hochrangige Beamte und ein Chemie-Forschungsinstitut. Die Einschränkungen sehen das Verbot für Reisen in die EU und das Einfrieren von Aktiva in der EU vor.

Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Sanktionen als einen „bewussten unfreundlichen Schritt“. Der russische Außenminister Sergej Lawrow versprach eine angemessene Antwort auf die Maßnahmen. Bundesaußenminister Heiko Maas und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron haben trotz der Entscheidung der EU ihre Hoffnung auf einen Dialog mit Russland zum Ausdruck gebracht. ...

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

#### **de.sputniknews.com: Nach Verhör eines RT-Journalisten: Russische Botschaft fordert Erklärung von USA**

Der russische Journalist des Fernsehsenders RT, Konstantin Roschkow, wurde in den USA viele Stunden lang verhört. Die russische Botschaft in Washington betrachtet dies als einen groben Versuch der amerikanischen Behörden, Druck auf einen Pressevertreter auszuüben, teilte die Botschaft mit.

Der Vorfall ereignete sich am 15. Oktober am Flughafen in New York, wo der Journalist angekommen war, um einen Dokumentarfilm über die Vereinigten Staaten am Vorabend der amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu drehen, so die Mitteilung.

Laut der Botschaft „verursachte Roschkows Absicht, über aktuelle Ereignisse im Land zu berichten, sowie im Allgemeinen seine Arbeit für den RT-Kanal, der auf der Liste der ausländischen Agenten des US-Justizministeriums steht, die Unzufriedenheit der Vertreter der Staatssicherheit.“

„Der Pressearbeiter wurde aufgefordert, den Zugang zu allen verfügbaren elektronischen Medien zu öffnen, und danach Erklärungen für öffentlich zugängliche Informationen (darunter die von dem Russen gemachte Sputnik V-Impfung) sowie für Korrespondenz im Zusammenhang mit journalistischen Aktivitäten abzugeben“, so der Facebook-Beitrag der Botschaft.

Wie die Diplomaten feststellten, sei das Verhör „deutlich über die üblichen Verfahren zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit hinausgegangen“. Die Botschaft bezeichnete den Vorfall als „groben Versuch der amerikanischen Behörden, Druck auf einen Vertreter der Presse auszuüben, der es dem Publikum ermögliche, Alternativen zu den in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Ansichten zu liefern“, und versprach, vom US-Außenministerium „angemessene Erklärungen“ zu fordern.

Nach Angaben von Roschkow dauerte das Verhör über drei Stunden. Während dieser Zeit sollen die Agenten ihm Papiere und Ausrüstung abgenommen und darum gebeten haben, sein iPhone zu entsperren, um Fotos und Korrespondenz anzusehen. Zudem hätten sie Fragen zu

seiner Person, seiner Arbeit sowie darüber gestellt, mit welchen Amerikanern er vor der Reise in Kontakt gewesen sei und wen er in den Vereinigten Staaten treffen werde.

Die Situation mit den russischen Medien im Westen ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Im November 2016 hatte das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, die die Notwendigkeit betont, den russischen Medien entgegenzuwirken. Sputnik und RT wurden dabei als zentralste Gefahren angeführt.

Eine Reihe westlicher Politiker, darunter US-Senatoren und -abgeordnete sowie der französische Präsident Emmanuel Macron warfen Sputnik und RT vor, sich in die Wahlen in den Vereinigten Staaten und Frankreich eingemischt zu haben, legten jedoch keine Beweise vor. Moskau bezeichnete diese Vorwürfe als haltlos.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32554/09/325540995\\_0:185:3081:1852\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_1b9e3b8ab1a40853832e855c7a50263d.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32554/09/325540995_0:185:3081:1852_1000x0_80_0_1_1b9e3b8ab1a40853832e855c7a50263d.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. Oktober 3:00 Uhr bis 17. Oktober 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Donezk: Mörser des Kalibers 120mm – einmml (3 Geschosse); Mörser des Kalibers 82mm – einmal (2 Geschosse); großkalibrige Maschinengewehre – einmal; Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer - 4 Granaten; Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Jakowlewka, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Um 9:04 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje die Aktivität einer Drohne festgestellt, um 9:15 Uhr wurden drei Detonationen auf dem Territorium der BFU in Richtung Wodjanoje registriert. Um 10:00 Uhr wurden zwei Detonation auf dem Territorium der BFU in Richtung Wodjanoje festgestellt. Um 12:15 Uhr wurde die Aktivität einer Drohne im Gebiet von Wodjanoje beobachtet. Um 12:57 Uhr wurde die Aktivität einer Drohne im Gebiet von Peski festgestellt. Um 16:55 Uhr wurde die Aktivität einer Drohne im Gebiet von Belaja Kamenka registriert.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 9.**

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 5.

**belta.by: In Mogilew findet eine Demonstration für ein friedliches Weißrussland statt**

Die Prozession „Lasst uns das friedliche Weißrussland retten“ findet heute in den zentralen Straßen von Mogilew statt, erfuhr BelTA von der Regionalverwaltung von Mogilew.

Öffentliche Organisationen der Stadt werden an der Veranstaltung teilnehmen. Die Route führt vom Leninplatz zum Platz des Ruhmes.

Das Treffen der Teilnehmer wird ab 14:00 Uhr auf dem Leninplatz in der Nähe des Gebäudes der Regionalverwaltung organisiert.



[https://www.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000023\\_1602917162\\_411449\\_big.jpg](https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000023_1602917162_411449_big.jpg)

**Lug-info.com: In der DVR sind am 17. Oktober um 9:00 Uhr 1312 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 968 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 60 Todesfälle.**

**de.sputniknews.com: Medikament für gezielten Stopp der Coronavirus-Vermehrung in Russland in Entwicklung**

Ein Präparat gegen Covid-19, das die Vermehrung des Coronavirus gezielt abblocken soll, befindet sich in Russland in der Entwicklung und wird derzeit präklinisch getestet. Dies teilte Akademiemitglied Rachim Chaitow, Leiter des Bereichs Allergologie und Immunologie im russischen Gesundheitsministerium, am Freitag mit.

„Momentan gibt es kein spezielles Medikament gegen die Coronavirus-Infektion, das die Vermehrung des Virus gezielt stoppen könnte. Wir arbeiten an einem solchen Präparat, das die für die Virusvermehrung verantwortlichen Gene präzise angreift. Es befindet sich aber noch im präklinischen Stadium“, wird Chaitow vom Pressedienst des Gesundheitsministeriums zitiert.

Am selben Tag hatte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, das Präparat Dexamethasone als einzig effektives therapeutisches Mittel für Covid-19-Patienten mit schwerem Krankheitsverlauf bezeichnet.

In Russland sind bisher die Präparate Avifavir, Areplivir, Ilsir und Favipiravir gegen Covid-19 registriert worden.

Darüber hinaus hat das russische Gesundheitsministerium im August den weltweit ersten Impfstoff gegen Sars-CoV-2, der im Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie entwickelt worden war, registriert. Das Serum hat die Bezeichnung „Sputnik V“. Am vergangenen Mittwoch wurde ein weiteres Anti-Corona-Vakzin – EpiVacCorona – registriert, das im Nowosibirsker Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie „VEKTOR“ bei der Aufsichtsbehörde Rospotrebnadzor entwickelt worden war.

Das Tschumakow-Forschungszentrum für immunobiologische Präparate der Russischen Akademie der Wissenschaften kündigte an, im Oktober mit klinischen Tests eines



eigenentwickelten Impfstoffes gegen das Coronavirus zu beginnen.

Mzdnr.ru: Am 16. Oktober wurden in der DVR 119 Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Am 17. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 5177 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

2495 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2396 als gesund entlassen, es gibt 349 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 41 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es 12 Todesfälle – Männer im Alter von 50 bis 86 Jahren und Frauen im Alter von 36 bis 87 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 201 Fälle von Lungenentzündungen festgestellt, davon wurden 101 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1819 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 336 mit Sauerstoffunterstützung (+53 in den letzten 24 Stunden).

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Karabach-Konflikt: Aserbaidshans Präsident verspricht Antwort auf dem Schlachtfeld**

Der aserbaidshische Präsident Ilham Alijew hat den jüngsten Raketenbeschuss der aserbaidshischen Stadt Gjandscha als Kriegsverbrechen qualifiziert und eine Antwort auf dem Schlachtfeld versprochen.

Zuvor wurden aus Baku Raketenangriffe auf Gjandscha und Mingetschewir gemeldet. Den Angaben zufolge wurden dabei 13 Menschen getötet und 52 weitere verletzt. Die Pressesprecherin des armenischen Verteidigungsministeriums, Schuschan Stepanjan, dementierte hingegen die Information über die Teilnahme Eriwans an dem Raketenanschlag.

„Das ist ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wenn die Weltgemeinschaft die Schuldigen nicht bestrafen will, werden wir sie bestrafen. Wir bestrafen sie auf dem Schlachtfeld, wir geben eine Antwort“, sagte Alijew in seiner Ansprache an das Volk.

Er erklärte ferner, dass die aserbaidshische Armee die Stadt Fisuli im (umstrittenen – Anm. d. Red.) Gebiet Karabach unter ihre Kontrolle gebracht und die Dörfer Gotschmedli, Tschimen, Dschuwarly, Pirachmedli, Mussabeili, Ischygly und Dedeli im Kreis Fisuli befreit habe. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31049/78/310497803\\_0:170:3109:1849\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_111b87d902c58d63f0a3ecca44f71664.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31049/78/310497803_0:170:3109:1849_1000x0_80_0_1_111b87d902c58d63f0a3ecca44f71664.jpg) n

de.sputniknews.com: **Trotz EU-Sanktionen: Maas betont Dialogbereitschaft mit Russland**

Der deutsche Außenminister Heiko Maas sendet trotz der Verhängung neuer EU-Sanktionen gegen Russland Signale der Dialogbereitschaft mit Moskau. Das berichtet dpa unter Verweis auf das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

Ihm zufolge ist Deutschland an einer neuen Eiszeit in den bilateralen Verhältnissen nicht interessiert. Dabei habe er betont, dass die Verhältnisse trotzdem „kompliziert bleiben“.

Der Grund seien einige Konfliktthemen wie der mutmaßliche Auftragsmord im Berliner Kleinen Tiergarten und der Hackerangriff auf den Bundestag. Aber es gebe auch Entwicklungen in Fragen der Ukraine und Libyen.

„Wir sitzen mit den Russen im UN-Sicherheitsrat, im Berliner Libyen-Prozess und auch zum Thema Ukraine an einem Tisch. In all diesen Runden geht es um Lösungen zur Beendigung von Kriegen“, erklärte der SPD-Politiker dem RND.

Der Außenminister habe die Verhängung der EU-Sanktionen gegen Moskau unterstützt, denn der Nawalny-Fall stelle einen schweren Bruch des Völkerrechts dar. ...

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17.10.2020**

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **achtmal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt**, darunter sind **vier Feuerprovokationen**.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Awdejewka dreimal das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen in Richtung **Jakowlewka** eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer und Schusswaffen in Richtung **Leninskoje** eröffnet.

Außerdem haben ukrainische Kämpfer viermal den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen verletzt:

So haben Beobachter der DVR im GZKK zwei **Drohnenflüge** im Verantwortungsbereich der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje, einen Drohnenflug im Verantwortungsbereich der 53. Brigade der BFU im Gebiet von Starognatowka und einen Flug im Verantwortungsbereich der 56. Brigade in der Nähe von Peski festgestellt.

Die Drohnenflüge erfolgten zur Kontrolle der Qualität der Tarnung der zuvor von der OSZE-Mission entdeckten Technik der Brigaden, darunter zwei Schützenpanzerwagen, zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge, zwei Raupenminenleger und ein Schützenpanzer aus dem Bestand der 36. Brigade, fünf Panzer der 53. Brigade sowie drei Schützenpanzer der 56. Brigade.

Außerdem haben Beobachter der DVR im GZKK fünf Detonationen auf den Positionen der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje festgestellt.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade aus Richtung Awdejewka das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer auf **Jakowlewka** eröffnet. Später hat der Gegner aus der genannten Richtung einen Handgranatwerfer eingesetzt und zwei Granaten auf **Mineralnoje** abgefeuert.

Außerdem haben Beobachter der DVR im GZKK zwei Drohnenflüge im Verantwortungsbereich des 23. Bataillons der 56. Brigade der BFU im Gebiet von Peski festgestellt.

Diese Sachverhalte wurden operativ den Vertreter der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, damit Maßnahmen gegen die Verletzer ergriffen werden und Beschuldigungen der Volksmiliz bezüglich Provokationen verhindert werden.

Die Erklärung Selenskij über seinen Rücktritt vom Amt des Präsidenten im Fall der Unmöglichkeit, die Kriegshandlungen im Donbass zu beenden, ist der Grund für die Zunahmen der Feuerprovokationen im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“.

Nach unseren Informationen hat der Vertreter der Partei „Europäische Solidarität“ General Sabrodskij unter Nutzung alter Verbindungen zum kommandierenden Personal der Brigaden, die Aufgaben in der OOS-Zone verrichten, einer Reihe von Kommandeuren von Verbänden die **Anweisungen zur Verschärfung der Lage an der Front erteilt**.

Unter den Vertrauenspersonen Sabrodskijs, die mit der Politik Selenskis im Donbass unzufrieden sind, befindet sich der Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko, der seinen Untergebenen den Befehl erteilt hat, das Feuer im Verantwortungsbereich des Verbandes zu eröffnen, und dies damit erklärte, dass im Fall von Strafzahlungen für die Eröffnung des Feuers und die Schädigung des Gegners das Personal eine Prämie aus dem Fonds der Partei „ES“ im Umfang von 10.000 Griwna für jeden, der erfolgreich eine Feueraufgabe durchgeführt hat, gezahlt werden wird.

Die genannte Vereinbarung hat dem Verbrecher Majstrenko die Fesseln gelöst, seine Kämpfer eröffnen seit vier Tagen das Feuer, auch mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen, und wählen als Ziele Objekte der zivilen Infrastruktur der Republik und gefährden so das Leben der friedlichen Bevölkerung.

Wir stellen weiter ein **Zunahme der Verbrechen und Rechtsverletzungen** unter den Soldaten in der OOS-Zone fest.

Der Kommandeur Krawtschenko hat dem obersten Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte über den sich deutlich verschlechternden moralisch-psychischen Zustand des Personals und die Zunahme der Zahl von Soldaten, die eigenmächtig den Dienstort verlassen haben, berichtet.

General Chomtschak hat entschieden, Gruppen von Militärpsychologen in die OOS-Zone zu schicken, um Maßnahmen zur Untersuchung der Lage in den militärischen Kollektiven durchzuführen und wirksame Maßnahmen zur Normalisierung der Situation zu erarbeiten.

Derzeit wird die Arbeit von Psychologen in den Einheiten der 53. Brigade festgestellt.

#### de.sputniknews.com: **Moskaus Antwort auf neue Sanktionen trifft vor allem Berlin und Paris – Russischer EU-Botschafter**

Der ständige Vertreter Russlands bei der Europäischen Union, Wladimir Tschischow, hat sich am Samstag vor der Presse über die neuen antirussischen Sanktionen der EU im Fall Nawalny geäußert.

Laut dem Diplomaten sind Brüssels neue Strafmaßnahmen politisch und juristisch „sehr schwach“ begründet. Moralisch sei die Begründung „einfach unannehmbar“. Der Schritt basiere auf einer „verquerten Logik“ und sei von zwei „Schwergewichten“ – Deutschland und Frankreich – initiiert. Deshalb seien die Sanktionen gegen Russland auch so schnell beschlossen worden.

„Soweit wir wissen, haben die Initiatoren von all diesem selbst ihren Verbündeten weder bei der Verhängung der entsprechenden Entscheidungen im EU-Rat noch zuvor oder danach jegliche Beweise für einen Zusammenhang der genannten (von den Sanktionen betroffenen – Anm. d. Red.) Personen mit dieser Geschichte vorgelegt“, sagte Tschischow.

Andere EU-Mitgliedsstaaten sowie Großbritannien und Norwegen seien gebeten worden, Berlin und Paris, von denen vieles in der EU-Gemeinschaft abhängt, die Behauptungen „einfach unbesehen zu glauben“.

„Unter den Unterstützern der Verhängung der Sanktionen hat es bestimmt innere Meinungsverschiedenheiten gegeben. Denn es ist kein Zufall, dass die Medien zuvor von neun Betroffenen berichteten, die Zahl dann später aber auf sechs sank.“

**Tschischow: EU-Sanktionen illegal**

Russland betrachte die Sanktionen im Fall Nawalny als illegal. Es gebe nur eine Institution, die Strafmaßnahmen verhängen dürfe, und das sei der UN-Sicherheitsrat. Moskau werde „spiegelbildlich“ antworten. Da die EU-Sanktionen personengebunden seien, würden dies auch die Gegenmaßnahmen sein.

„Logischerweise geht man davon aus, dass die Antwortmaßnahmen die bilateralen Beziehungen Moskaus gerade mit Berlin und Paris treffen können. Denn niemand verheimlicht, dass sie es waren, die hinter diesem Schritt standen.“

### **Russland will Beziehungen zur EU verbessern**

Die Entscheidung Brüssels, Sanktionen zu verhängen, habe Moskaus „schlimmste Befürchtungen bestätigt“, dass die Beziehungen zwischen Russland und der EU „auf den niedrigsten Stand in der letzten Zeit reduziert“ würden. Moskau werde sich „auf jeden Fall“ bemühen, die Beziehungen zur Europäischen Union zu verbessern, ohne seine „grundsätzlichen Interessen“ auch im Geringsten zu „opfern“.

Die Europäische Union hatte im Zusammenhang mit dem Fall des russischen Bloggers Alexej Nawalny Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Strafmaßnahmen traten am Donnerstag in Kraft. Hiervon betroffen sind FSB-Chef Alexander Bortnikow, der Vizechef der Kreml-Administration, Sergej Kirijenko, die Vizeverteidigungsminister Pawel Popow und Alexej Kriworutschko sowie zwei weitere Personen und ein Forschungsinstitut.

### **Hintergrund**

Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug in Sibirien zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Örtliche Ärzte stellten bei dem Blogger schwere Stoffwechselstörungen und einen extrem hohen Zuckerwert im Blut fest. Die Ursache war zunächst unklar. Aber in jedem Fall konnten weder im Blut noch im Urin Gifte jeglicher Art nachgewiesen werden. Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt.

Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen. Nach Angaben eines Bundeswehrlabors sei der Kremlkritiker mit einem chemischen Nervenkampfstoff der „Nowitschok“-Reihe vergiftet worden.

Russland hatte gemäß einem Präsidialdekret von 1992 die Entwicklung auf dem Gebiet der chemischen Waffen eingestellt und 2017 den gesamten verfügbaren Bestand an solchen Substanzen zerstört, was von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) bestätigt wurde.

Anfang Oktober hatte die OPCW bekanntgegeben, dass die in den biomedizinischen Proben von Nawalny gefundenen Substanzen nicht auf der Liste der verbotenen Substanzen stehen würden. Sie seien ihren Eigenschaften nach aber denen von Nowitschok ähnlich.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31705/99/317059965\\_0:123:3022:1757\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_745e0848be7a38c56bf62f2be3015f77.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31705/99/317059965_0:123:3022:1757_1000x0_80_0_1_745e0848be7a38c56bf62f2be3015f77.jpg)

sputnik.by: **Die Polizei berichtete über Inhaftierungen beim Studentenmarsch in Minsk**  
Studenten der Universitäten der Hauptstadt gingen am Samstagnachmittag zum Marsch in die Innenstadt, die Straßenaktion dauerte nicht lange - sie wurde von Polizisten gestoppt. Die Polizei von Minsk hat die Festnahmen während eines Studentenprotestes in der Hauptstadt bestätigt, berichtet Sputnik.

Am Samstagnachmittag, dem 17. Oktober, versammelten sich Studenten an der Staatlichen Sprachuniversität Minsk (MSLU) und zogen in Richtung Koslow-Straße. Sicherheitskräfte zerstreuten die Aktivisten, als sie den Unabhängigkeitsprospekt erreichten.

„Ja, es gibt Verhaftungen“, sagte Roman Laschkewitsch, offizieller Sprecher des Pressedienstes der Innenverwaltung der Stadt Minsk.

Ihm zufolge wurden die Festnahmen im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens durchgeführt. Laschkewitsch nannte nicht die genaue Anzahl der Inhaftierten.

Es ist bekannt, dass unter den Inhaftierten auch Medienvertreter waren, einschließlich eines Korrespondenten von RIA Novosti. Nachdem er seine Dokumente vorgelegt hatte, wurde er freigelassen. Seine Kollegen von anderen Publikationen wurden zur Polizei gebracht.

Parallel zur Studentenprotestaktion fand heute in Minsk der traditionelle „Frauenmarsch“ statt. Am Nachmittag versammelten sich die Teilnehmer im Einkaufszentrum Dana Mall, von wo aus sie entlang des Unabhängigkeitsprospekts in die Innenstadt zogen. Die Aktion endete am Jakob-Kolas-Platz. Während des Marsches wurden keine Verhaftungen gemeldet.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/0a/11/1045926727.jpg>

### de.sputniknews.com: **Corona-Impfstoff „Sputnik V“: Indien genehmigt weitere Erprobungsphasen**

Der russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) und der indische Pharmaunternehmen Dr. Reddy's sind von der Regulierungsbehörde Drug Controller General of India (DCGI) für die Durchführung der Phase II und III der klinischen Studie mit dem russischen Impfstoff „Sputnik V“ gegen das neuartige Coronavirus in Indien zugelassen worden.

„Wir freuen uns, mit den Aufsichtsbehörden in Indien zusammenzuarbeiten, und werden Daten zur Impfsicherheit und Immunogenität aus der Phase III der in Russland durchgeführten Erprobung zusätzlich zu den Ergebnissen der in Indien durchgeführten klinischen Studie bereitzustellen, um eine erfolgreiche Studie von 'Sputnik V' im Land zu ermöglichen“, zitiert die Agentur RIA Novosti RDIF-Chef Kirill Dmitriev.

Es werde in Indien multizentrische, randomisierte, kontrollierte Studie durchgeführt, die eine Sicherheits- und Immunogenitätsstudie umfassen werde, hieß es.

RDIF und Dr. Reddy's haben sich im September auf eine Partnerschaft geeinigt. Im Rahmen der Vereinbarungen wird der russische Fonds nach Erhalt der Genehmigung der örtlichen Regulierungsbehörde 100 Millionen Dosen Dr. Reddy's liefern.

RDIF und Partner führen auch klinische Studien in Weißrussland, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Venezuela durch.

Derzeit werden in Indien drei Corona-Impfstoffe getestet. Die Unternehmen Bharat Biotech und Zydus Cadila führen die dritte Phase der Studie mit den Präparaten Covaxin und ZycovD durch. Das Serum Institute of India führt die zweite Phase der Studie mit dem von der Universität Oxford entwickelten Corona-Impfstoff. ChAdOx1 in 17 medizinischen Zentren durch und bereitet sich auf die dritte Phase vor. Es wird erwartet, dass 1600 Menschen daran teilnehmen werden. Das Serum Institute of India arbeitet mit fünf internationalen Pharmaunternehmen, darunter die britisch-schwedische Firma AstraZeneca und das US-Unternehmen Novavax, zusammen, um einen Corona-Impfstoff zu entwickeln. ...

### **Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij am 17. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt. ...

Trotz des Fehlens von Feueraktivitäten von ukrainischer Seite haben Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK eine Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen festgestellt – die **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium. Auf Befehl des Kommandeurs der 80. Brigade des Kriegsverbrechers Schworak haben ukrainische Kämpfer zwei Schützenpanzerwagen in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern in Stschastje stationiert.

Kämpfer der 24. Brigade haben auf Befehl von Posupalskij zwei Schützenpanzer in Dilejewka stationiert.

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. Brigade wurde ein Abwehrraketekomplex „Osa“ in Wiktorowka stationiert, um die Drohnen der OSZE-Mission zu bekämpfen, im Gebiet von Nowoswanowka haben Kämpfer des Verbandes einen Schützenpanzerwagen stationiert In Verletzung des ersten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 30. Brigade eine **Drohne vom Typ „Mavic Pro“ eingesetzt**, die den Luftraum der Republik im Gebiet von Molodjoshnoje verletzt. Im Ergebnis koordinierter Handlungen von Mannschaften der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung der Volksmiliz der LVR wurde die **Drohne des Gegners unter Einsatz einer Störstation „Triton M1“ entdeckt und zum Landen gezwungen**.

Derzeit untersuchen unsere Spezialisten die Daten vom Datenträger der Drohne.

Außerdem wurde in Ausführung der Anweisungen des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ zur Verschärfung der Maßnahmen gegenüber der OSZE-Mission im Verantwortungsbereich der 14. Brigade im Gebiet von Rubeshnoje der Einsatz einer Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung bemerkt, die die Aufgabe hat, die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der Mission zu blockieren. ...

Auf Befehl des Kommandeurs der OOS Krawtschenko wurde im Rahmen von Maßnahmen, die auf die Verhinderung möglicher Provokationen im Vorfeld der Regionalwahlen von Seiten von Nationalisten gerichtet sind, ab dem 15. Oktober der **KPP „Staniza Luganskaja“ geschlossen**.

Nach Informationen der OSZE-Mission hat sich im Ergebnis solch unmenschlicher Maßnahmen der ukrainischen Seite auf dem Gebiet des KPP eine Ansammlung einer großen Zahl von Menschen gebildet, die in die LVR gelangen möchte. Zum Passieren der Grenze müssen Bürger der Ukraine den Mitarbeitern des Grenzdienstes gewichtige Umstände mitteilen wie einen schwer kranken oder verstorbenen Verwandten. Außerdem werden von der Leitung des Passierpunkts jegliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirusinfektion ignoriert, daher riskieren sich die Menschen am KPP mit der

lebensgefährlichen Krankheit zu infizieren. Außerdem verweigern die ukrainischen Behörden den Bürgern am KPP jegliche zeitweilige Unterkunft aufgrund der Umstände.

Die stellvertretende Leiterin der Bezirksverwaltung von Staniza Luganskaja Irina Kostan erklärte, dass die Menschen, die versuchen auf das Territorium der LVR zu gelangen, selbst an ihrer Situation schuld sind, sie hätten sich rechtzeitig über die Schließung des Passierpunkts informieren müssen. Mit solchen Aussagen von Funktionsträgern zeigt die Führung der Ukraine ihre wahre, gleichgültige Haltung gegenüber ihrem Volk.

Wir rufen die internationalen Rechtsschutzorganisationen auf, die Aufmerksamkeit auf diesen Sachverhalt zu richten und alle möglichen Maßnahmen zur Verhinderung solcher Verstöße zu ergreifen.

#### de.sputniknews.com: **Iran: Abgeordneter verlangt Hinrichtung von Präsident Rohani**

Der iranische Abgeordnete Modschtaba Solnuri hat die Hinrichtung von Präsident Hassan Ruhani gefordert, berichtet dpa.

„Irans Führer sollte anordnen, dass Sie tausendmal hingerichtet werden, damit das Herz des iranischen Volkes aufblüht“, schrieb Solnuri am Samstag auf Twitter. Diese Forderung nach der Todesstrafe sei von mehreren iranischen Medien vermeldet worden.

Der Grund für diese Drohung sei eine Aussage Rohanis, die als die Vorbereitung auf Verhandlungen mit dem Erzfeind USA interpretiert werde, um die Wirtschaftskrise im Land bewältigen zu können. „Notfalls führen wir Krieg, aber notfalls auch Frieden“, sagte Rohani am Mittwoch. Für die Hardliner gelte dies als Landesverrat.

Der Oberste Führer Ajatollah Ali Chamenei, der laut Verfassung das letzte Wort in allen strategischen Belangen hat, sei jedoch stets gegen diese Forderungen. Rohani selbst weise die Kritik vehement zurück und werfe seinerseits den Hardlinern im Parlament vor, nationale Interessen für innenpolitische Machtkämpfe zu opfern.

Die Hardliner und Erzkonservativen hätten bereits nach ihrem Parlamentswahlsieg Ende Februar eine Einbestellung und letztendlich den Rücktritt des Präsidenten durchsetzen wollen. Denn Rohani habe ihres Erachtens mit einer prowestlichen Politik und dem Wiener Atomabkommen von 2015 die Islamische Republik von ihren ideologischen Zielen entfernt. Außerdem habe seine Reformpolitik nichts gebracht und das Land in eine seiner schlimmsten Wirtschaftskrisen geführt. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32550/00/325500029\\_0:331:2932:1917\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_b80240aa5c3ef0066944ef8f10fe39eb.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32550/00/325500029_0:331:2932:1917_1000x0_80_0_1_b80240aa5c3ef0066944ef8f10fe39eb.jpg)

abends:

de.sputniknews.com: **Söldner und Munition aus Afghanistan? Eriwan macht Aserbaidshan Vorwürfe**

Der Nationale Sicherheitsdienst Armeniens hat laut einer Mitteilung von Samstag Aserbaidshan vorgeworfen, Munition und Terroristen unter anderem von Afghanistan aus geheim ins Land gebracht zu haben.

Die aserbaidshanische Seite sei damit beschäftigt, erhebliche Mengen an Munition und Terroristen in ihr Hoheitsgebiet zu bringen, wovon die Flüge der Flugzeuge vom Typ Boeing-747 sowie IL-76 der aserbaidshanischen Fluggesellschaft Silk Way vom Flughafen Baku aus zu den Militärflugplätzen verschiedener Länder zeugen würden, heißt es in der Mitteilung.

„Zum Beispiel ist am 16. Oktober ein Flug von Baku aus zum Flugplatz Bagram in Afghanistan und am 17. Oktober ein Flug auf der Route Bagram-Lashkar Gah-Baku aufgezeichnet worden. Die gleiche Route ist auch am 18. Oktober geplant. Es gibt auch Flüge von Baku aus mit Zwischenlandungen zum Flughafen Kandahar sowie Rückflüge. (...) Ähnliche Flüge sind auch für den 19. Oktober geplant“, so die Behörde.

Die Informationen zu einigen dieser Flüge würden im System der internationalen Flugpläne fehlen und für einige Flughäfen sei keine internationale Klassifizierung angegeben worden.

„Diese Daten deuten darauf hin, dass das türkisch-aserbaidshanisch-terroristische Bündnis versucht, die Geographie der Beförderung von Terroristen und Munition zu erweitern“, hieß es weiter.

Außerdem wies der armenische Sicherheitsdienst die Mitteilungen der aserbaidshanischen Seite zurück, dass angeblich Waffen in Zivilflugzeugen nach Armenien transportiert worden seien. Baku würde versuchen, seine illegalen Aktionen der armenischen Seite zuzuschreiben, so die armenische Behörde.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32688/51/326885177\\_0:186:3413:2033\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_f09de7c7ac73ca1233d101b024bb73e0.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32688/51/326885177_0:186:3413:2033_1000x0_80_0_1_f09de7c7ac73ca1233d101b024bb73e0.jpg)

de.sputniknews.com: **Russische Botschaft in Frankreich kommentiert Mord an Lehrer bei Paris**

Der Pressesprecher der russischen Botschaft in Frankreich, Sergej Parinow, hat gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti die brutale Ermordung eines Lehrers im Pariser Vorort kommentiert.

Der Tatverdächtige war nach Behördenangaben 2002 in Moskau geboren worden. Er soll tschetschenischer Herkunft gewesen sein.

„Nicht der Geburtsort ist wichtig, sondern wo er radikalisiert worden ist und den Weg zum Terror eingeschlagen hat, dessen alle Formen Russland immer konsequent verurteilt“, betonte Parinow.

2008 sei der mutmaßliche Täter mit seiner Familie, die einen Asylstatus beantragt habe, nach Frankreich gekommen.



„Sie lebten in Frankreich mit einer langfristigen Aufenthaltserlaubnis“, so der Diplomat unter Berufung auf französische Behörden.

Der vermutliche Angreifer sei mit Dokumenten seiner Eltern registriert worden, bis er 18 geworden sei. Daraufhin habe er eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen.

### **Mord bei Paris**

Am Freitagabend war ein Lehrer in der Nähe einer Bildungseinrichtung in Conflans-Sainte-Honorine nordwestlich von Paris angegriffen und enthauptet worden. Der Lehrer soll im Unterricht beim Thema Meinungsfreiheit Mohammed-Karikaturen gezeigt haben. Der mutmaßliche Täter wurde dann von den Polizisten in einer Nachbargemeinde erschossen.

Im Moment laufen Ermittlungen, die von der französischen Staatsanwaltschaft für Terrorbekämpfung geführt werden. Im Rahmen der Ermittlungen sind schon neun Personen festgenommen worden, darunter die Verwandten des vermutlichen Angreifers.

Nach Angaben des Chefs der französischen Staatsanwaltschaft für Terrorbekämpfung, Jean-François Ricard, hatte der Tatverdächtige einen Flüchtlingsstatus in Frankreich.

Ricard zufolge fanden die Sicherheitsbehörden beim mutmaßlichen Angreifer eine bis März 2030 gültige Aufenthaltsgenehmigung auf den Namen von Abdulak Abuezidowitsch A., der am 12. März 2002 in Moskau geboren wurde.